

## Frontex und die griechisch-römische Mythologie

Wer sich seit Jahren mit der Lage der MigrantInnen in Europa auseinandergesetzt und für ihre Rechte engagiert hat, wird irgendwann über eine zumindest paradoxe Entwicklung des Sprachgebrauchs gestolpert sein. Während in den Schulen der Latein- und Griechisch-Unterricht an den Rand gedrängt wird, kommen erstaunlicherweise an die Antike angelehnte Bezeichnungen in Mode. Der Agentur Frontex kommt hier die Siegerpalme zu.

Als europäische Agentur für die «operative Zusammenarbeit» an den Aussengrenzen leistet Frontex logistische Unterstützung für die Polizeibehörden der betroffenen Länder. Im Visier hat sie dabei die MigrantInnen. Ihnen soll der Zugang zur EU verweigert werden. Ihre Einwanderung gilt als illegal. Strenge Grenzkontrollen sind gefordert und die Anrainerstaaten der EU – Marokko, Libyen, Ägypten oder die Türkei – sollen dabei mit-helfen. Sie sollen die MigrantInnen aufhalten und in ihr Herkunftsland zurückschicken.

Mit einem jährlichen Budget von heute mehr als hundert Millionen Euro hat Frontex nach und nach diverse Polizeioperationen mit den Namen antiker Götter initiiert: Ariadne (Kontrolle der illegalen Immigration von der Ukraine nach Polen), Pegasus (Flughafenkontrollen von Österreich über Griechenland, Italien, Spanien und Portugal bis Schweden), Hera (Eindämmung der «irregulären» Immigration von Senegal auf die Kanarischen Inseln), Hermes (Überwachung der illegalen Migrationsbewegungen von Algerien bis Ägypten in Richtung Sizilien und Sardinien) oder – dieser Gott wird gleich doppelt bemüht – «Poseidon land» (zur Überwachung der Grenzen der Türkei zu Griechenland und Bulgarien zu Lande und aus der Luft) und «Poseidon sea» zur Kontrolle der Küsten der Türkei und Ägyptens, um die Einwanderung nach Griechenland zu unterbinden. Unter dem Schirm des griechisch-römischen Polytheismus zeichnet sich eine beängstigende Geographie der Polizeikontrollen ab. Verschärft wird sie durch den Bau von Mauern: rund um Ceuta und Melilla gegenüber von Gibraltar, am Evros-Fluss im Norden Griechenlands und neu in Bulgarien sowie zwischen Serbien und Ungarn.

Und was soll man zur Usurpation des römischen mos majorum für eine breitangelegte Operation von Polizeikontrollen im letzten Herbst in allen europäischen Ländern sagen? Deren deklariertes Ziel war es, die Wege und die Netzwerke der Schlepper aufzudecken. Ihr tatsächliches Ergebnis war die Verhaftung



**Solidarité  
sans  
frontières**

**BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**NR. 3, SEPTEMBER 2015**

**WWW.SOSF.CH**



von 20000 MigrantInnen in der EU und den Anrainerstaaten... In diesem Winter hat die Frontex-Operation namens Triton die italienische Operation Mare Nostrum ersetzt, die eine grosszügigere Aufnahmepraxis vorsah – mit dem Ergebnis, dass fast 2000 MigrantInnen bei verschiedenen Schiffbrüchen im Mittelmeer den Tod fanden.

In den Augen eines Hellenisten wurde der Gipfel des Zynismus jedoch bereits im Sommer 2013 erreicht, als die im Sold der Troika stehende griechische Regierung die Operation Zeus Xenios lancierte. Im Namen des Gottes der Gastfreundschaft verfolgte und verprügelte die Polizei – unterstützt von Milizen der «Goldenen Morgenröte» – Hunderte von MigrantInnen, sperrte sie in Lager und schaffte sie schliesslich aus Griechenland aus.

Im Namen der griechischen und römischen Götter und Helden wird eine Politik betrieben, die das verneint, was in der Antike als höchstes Gut galt: der Mensch.

Claude Calame

Der Hellenist Claude Calame ist Studiendirektor an der École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS) und Honorarprofessor an der Uni Lausanne.

**Laura Flórez Castellar erstellte die Fotoreportage dieser Ausgabe über die künftigen Asylzentren des Bundes. Sie zeigt, wie alte Orte des Ausschlusses für die Neustrukturierung des Asylwesens recycelt werden.**

**Hier: Kappelen-Lyss (BE): Die ehemalige Kaserne an der Grenzstrasse soll künftig ein Verfahrenszentrum des Bundes werden.**

**Für menschenwürdige Unterkünfte**

«No Bunker»

**Seite 2**

**Asylrevision kommt in Herbstsession**

Parlamentarische Debatte

**Seite 4**

**Europa und die Migration**

Europäische Asylpolitik – Dossier

**Seiten 5 – 8**

FÜR MENSCHENWÜRDIGE AUFNAHME- UND LEBENSBEDINGUNGEN

# «No Bunkers»

**In Genf wehren sich seit Juni 2015 mehrere Dutzend Asylsuchende gegen ihre Unterbringung in Luftschutzbunkern – Analyse einer Bewegung, die sich für menschenwürdige Unterkünfte engagiert.**

Am 15. Juni 2015 sind rund dreissig Asylsuchende im Hof des Foyer des Tattes in Genf zusammengekommen und haben ihre Weigerung, in unterirdischen Zivilschutzanlagen untergebracht zu werden, öffentlich gemacht. Sie skandierten Parolen wie «Wir sind keine Tiere» und «Wir sind nicht im Krieg». Drei Tage zuvor hatte das Hospice général (die Aufnahmestelle des Kantons Genf für Asylsuchende) angeordnet, 91 Asylsuchende vom Foyer des Tattes in unterirdische Zivilschutzbunker zu transferieren.

## Entstehung einer sozialen Bewegung

Aufgrund des Appells der Asylsuchenden strömten Dutzende von AktivistInnen vor allem von Vereinigungen und Parteien im Foyer zusammen. Die rund hundert Versammelten – Asylsuchende und BewohnerInnen von Genf – bildeten die Basis einer breiten Kampagne, die am gleichen Abend das Théâtre Grütli im Zentrum Genfs besetzte und sich den Namen «NO BUNKERS» gab. Von diesem Kulturzentrum aus organisierte sich eine starke Bewegung: Asylsuchende, MigrantInnen, Gewerkschaften, Parteien, Vereinigungen und AktivistInnen forderten mit immer grösseren Demonstrationen und zunehmendem Druck auf die kantonalen Behörden, die Bunker definitiv zu schliessen.

«NO BUNKERS» blieb während drei Wochen im Grütli und verhandelte während dieser Zeit mit dem Staatsrat des Kantons. Nach zähen Gesprächen wurde der Bewegung von der Stadt Genf ein Bleiberecht in der Salle du Faubourg zugestanden. Seither dient

dieses alte Theatergebäude als Unterkunft für rund 60 Asylsuchende und als Basis für den Kampf gegen die Unterbringung in Zivilschutzbunkern. Bei Redaktionsschluss dauerten die Verhandlungen mit den Behörden an. Die Bewegung hat jedoch schon einen ersten Sieg errungen. Für 149 Personen wurden ab September 2015 oberirdische Unterkünfte zugesichert. Trotzdem bleibt noch viel zu tun, bevor Genf als «Stadt ohne Bunker» bezeichnet werden kann.

## Eine selten breite Solidarität

Zwei wichtige Aspekte ermöglichen es, die Breite und Stärke der Bewegung zu verstehen. Zuallererst sind es die ausgezeichneten Vorbereitungsarbeiten der beteiligten Organisationen, insbesondere nach dem Feuer im Foyer des Tattes im Oktober 2014, bei dem eine Person starb und mehrere Menschen verletzt wurden. Dieses tragische Ereignis führte zur Mobilisierung vieler AktivistInnen und zur Schaffung der Vereinigung «STOP Bunkers», die die Schliessung aller Zivilschutzanlagen forderte. Diese und andere Organisationen haben seit Januar 2015 eine immense Mobilisierungs- und Informationskampagne bezüglich der Aufnahme- und Lebensbedingungen der Asylsuchenden ausgelöst.

Aber die starke Mobilisierung ist ebenfalls auf die Asylsituation in Genf zurückzuführen. Die Behörden haben es nämlich verpasst, frühzeitig die nötigen Unterkünfte bereitzustellen und haben so zur aktuellen Krise beigetragen – eine vermeidbare Krise: Seit 2007 haben die im Asylwesen tätigen

Organisationen die Alarmglocken geläutet und gefordert, dass die kantonalen Behörden skeptischer auf die «Lex Blocher» reagieren sollten. Im Jahre 2003 hatte der damalige Justizminister Christoph Blocher deklariert, die Schweiz sei in Zukunft vor neuen Flüchtlingsströmen geschützt. Die Kantone könnten demzufolge die Anzahl der Plätze für Asylsuchende reduzieren. Fast alle Kantone reduzierten in der Folge die Ausgaben im Asylbereich und leiteten eine Austeritätspolitik ein. Sie waren sehr glücklich, im Asylbereich Kosten einzusparen, was zulasten der Aufnahme- und Lebensbedingungen der Asylsuchenden ging. Als Folge dieser Politik und um einige Franken zu sparen, werden heute Asylsuchende unter dem Boden eingesperrt.

## Für eine menschliche Migrationspolitik

Die Bewegung ist ebenfalls Ausdruck und Antwort auf die zunehmende Ungerechtigkeit gegenüber den Asylsuchenden, die sich in der Verschärfung des Asylgesetzes und der drastischen Verschlechterung der Lebensbedingungen äussert. Mit der Schaffung neuer Bundeszentren und einem System der sozialen und ökonomischen Ausgrenzung wird die Asylpolitik zunehmend unmenschlicher. Die Aufnahme- und Lebensbedingungen sind der offensichtlichste Ausdruck dessen. Der Kampf gegen die unterirdische Unterbringung und die Verteidigung des Rechts auf eine menschenwürdige Unterkunft sind Ansatzpunkte für den Widerstand gegen diese Asylpolitik. Es geht insgesamt um eine menschlichere Asyl- und Migrationspolitik der Schweiz. «Wir sind hier wie eine Familie», sagte eine der Asylsuchenden im Théâtre Grütli. «Wir haben den Eindruck, wieder lebendig, wieder Menschen zu sein.» Sich gegen die Bunker zu wehren, heisst auch, sich gegen die Schaffung einer Zweiklassengesellschaft und für das Recht auf Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit in der Schweiz einzusetzen. Dieser Kampf geht weiter...

Pablo Cruchon

Der Autor ist ständiger Mitarbeiter von solidaritéS in Genf und Aktivist des No Bunker-Kollektivs.

## ANZEIGE



**Festival Stoppt die Rückschaffungen!**

**26.09.2015 | 14-23 Uhr | Schützenmatte, Bern | Freier Eintritt**

# LoRa – 97,5 MHz

**Seit mehr als dreissig Jahren ist LoRa die Frequenz für MigrantInnen in Zürich – sowohl für RadiomacherInnen als auch für HörerInnen.**

Radio LoRa kann auf eine lange Geschichte als soziales und politisches Projekt in Zürich zurückblicken. Schon in den Anfängen vor über drei Jahrzehnten spielten MigrantInnen eine entscheidende Rolle im Aufbau und bei der Politisierung dieses Radios, das zunächst als Piratensender aus der Bewegung der 80er Jahre hervorgegangen ist – einer Zeit also, als auch die Forderungen der italienischen und spanischen Saisoniers und die Erfahrungen des chilenischen und argentinischen Exils die linke Politik in Zürich bewegten. Im Zentrum der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte entstand so ein Raum für «fremde» Stimmen.

## Ein Gemisch von Motivationen

Sendungen in insgesamt 22 Sprachen – darunter chinesisch und tamilisch – sind hier zu hören. Ausgestrahlt wird täglich zwischen 6 Uhr morgens und 3 Uhr in der Nacht. Eine Reihe kollektiver Organe wacht über den Inhalt, für den es drei grundsätzliche Kriterien gibt: kein Sexismus, kein Rassismus, kein Kommerz. Bei diesen Vorgaben ist klar, dass sich Programmgestaltung und Diskussionen über die Jahre hinweg nur durch die freiwillige Arbeit von AktivistInnen aufrecht erhalten liessen – mit den unterschiedlichsten Motivationen zur Nutzung dieses Freiraums. Auch unter den MigrantInnen, die sich hier beteiligen, ist die Bandbreite der Interessen gross.

Für einige ethnische Organisationen stellt das Radio eine Möglichkeit dar, ihre kulturellen Werte und kritischen Analysen zu verbreiten. Anderen geht es um individuelle Ausdrucksmöglichkeiten. Hier finden sich Kollektive, die mehr öffentliche Aufmerksamkeit suchen, künstlerische Projekte, «Exilprogramme» und vieles mehr. Die unterschiedlichen Motivationen und Zielsetzungen haben natürlich auch zu Krisen und internen Diskussionen geführt, bei denen um den Erhalt des politischen Charakters und der organisatorischen Struktur des freien Radios gerungen wurde.

## Sprachen des Südens – ausgeschlossen

Für die Masse der Zürcher MigrantInnen macht es im Alltag einen grossen Unterschied, Informationen aus ihrem Herkunftsland zu erhalten oder in ihrer eigenen Sprache Nachrichten über die Schweiz empfangen zu



**Giffers (FR). La Gouglera, eine ehemalige Klinik für Menschen, die unter Übergewicht oder Fettleibigkeit leiden, wird demnächst zum «Ausreisezentrum» umfunktioniert.**

können. In einer Stadt, in der die Mehrheit der migrantischen Bevölkerung im Rahmen des Arbeitslebens und seiner Anforderungen Schweizerdeutsch lernt, impliziert der Erwerb der lokalen Sprache aber nicht notwendigerweise eine «kulturelle Integration». Als Antwort auf diesen schwierigen Kontext fordern diverse Organisationen deshalb das Recht ein, Informationen in der eigenen Sprache empfangen und produzieren zu können. Radio LoRa stellt in diesem Sinne den Versuch der eingewanderten Bevölkerung dar, sich den öffentlichen Raum in Zürich anzueignen – und zwar auf die verschiedensten Weisen.

Dass sprachliche Fähigkeiten auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt und im multikulturellen Diskurs einen hohen Stellenwert haben, wird immer wieder gerne betont. Aber auf diesem Arbeitsmarkt gibt es eine Hierarchie unter den Sprachen, die – wie alles andere auch – in Konkurrenz zueinander stehen. Die Politik des Ausschlusses gegenüber den Sprachen des Südens ist Teil eines Prozesses, bei dem subalterne Stimmen homogenisiert werden und einige ganz verschwinden. Deutsch und vor allem Schweizerdeutsch sprechen zu können, stellt einen der wichtigsten Schritte beim sozialen Aufstieg dar – und zwar sowohl für MigrantInnen als auch für frankophone oder italienischsprachige SchweizerInnen. Für MigrantInnen beginnt die Partizipation, sobald sie sich benehmen und sprechen «wie die SchweizerInnen». Polnisch, tamilisch oder somalisch sprechen zu können, hat keinen hohen Marktwert (ausser vielleicht in humanitären Organisationen, bei der neokolonialen Ausbeutung oder im Kontext des Exotischen).

## Das Grundrecht auf das eigene Wort

LoRa ist Teil des Netzwerks von schweizerischen Alternativradios, die es ermöglichen, dass Sprachen und Akzente Gehör finden, die aus den institutionellen Formen der politischen Teilhabe weitgehend ausgeschlossen sind. Die Anerkennung des Werts kultureller Unterschiede entfaltet aber eine zwiespältige Dynamik. Denn einerseits ist die Migration als «Markenzeichen» der kosmopolitischen Stadt für den neoliberalen Kulturdiskurs durchaus von Nutzen.

Und zum andern wird es keineswegs einfacher, soziale und politische Forderungen zu erheben. Ständiges sich selbst Hinterfragen und lange Diskussionen verschleissen

auch die Kräfte der AktivistInnen und bewirken, dass die Geschichte autonomer Initiativen von dramatischen Höhen und Tiefen durchzogen sind. Diejenigen, die diese kritischen Momente durchstehen oder sich die Geschichte eines Projekts wie LoRa zu eigen machen, leisten einen bedeutenden Beitrag für die Konstruktion der kollektiven Identität. LoRa ist mittlerweile zu einer Institution geworden. Trotzdem ist der Sender nach wie vor eine dissonante Stimme, die die Teilnahme vieler erlaubt, die sonst kein Gehör finden.

Das Recht der MigrantInnen, in der eigenen Sprache senden und empfangen zu können, erlaubt ihnen auch zu zeigen, dass sie nicht nur in der Lage sind, die Realität ihrer Herkunftsländer zu analysieren. Die Migration verfügt sehr wohl über eigene Kritiken und Analysen der hiesigen Wirklichkeit – und über Visionen zu ihrer Veränderung. (Lf)

**«Die Migration verfügt sehr wohl über eigene Kritiken und Analysen der hiesigen Wirklichkeit – und über Visionen zu ihrer Veränderung.»**

NEUORGANISATION DES ASYLWESENS KOMMT IN HERBSTSESSION

# SVP setzt sich nicht durch

**In einer zweitägigen Sitzung hat die Staatspolitische Kommission des Nationalrats die Vorlage zur Reorganisation des Asylwesens durchberaten. Es gibt keine wesentlichen Veränderungen – und die SVP konnte sich mit ihrer Blockadestrategie nicht durchsetzen.**

Das Dossier des letzten Sosp-Bulletins zeigte die kritischen Punkte der Neustrukturierung des Asylbereichs gut auf. Unterdessen wurde die Vorlage auch durch die Kommission des Nationalrats fertig beraten. Immerhin kann man sagen: im Vergleich zum Entwurf des Bundesrates fanden keine wesentlichen Verschärfungen eine Mehrheit. Mit einer durchaus problematischen Ausnahme.

## → Geldentzug bei Nicht-Vollzug

Der Ständerat beschloss, dass der Bund mit einer finanziellen Daumenschraube jene Kantone zur Kooperation «ermuntern» solle, welche die Ausschaffungen nicht genügend konsequent vornehmen. Diese höchst problematische Bestimmung fand nun auch in der Nationalratskommission eine Mehrheit. Damit ist wahrscheinlich, dass der neue Artikel Art. 89b zu «Rückforderung und Verzicht auf die Ausrichtung von Pauschalabgeltungen bei Vollzugsversäumnissen eines Kantons» definitiv im Gesetz bleibt. Konkret trifft dies jene Kantone, welche bei den Rückschaffungen abgewiesener Asylsuchender manchmal etwas weniger Härte walten lassen, also Waadt und Genf. Einziger Hoffnungsschimmer: es handelt sich um eine Kann-Bestimmung. Der Bund muss die Daumenschraube also nicht zwingend ansetzen. Allerdings

wird dies die Arbeit der Solidaritätsbewegungen schwieriger machen, welche in einem Kanton Unterstützung für den Verzicht oder Aufschub eines rechtskräftigen Ausschaffungsentscheids organisieren wollen.

## → Rechtshilfe bleibt

Die Befürchtungen von Sosp, dass im Zuge der Behandlung die bereits jetzt nicht wirklich unabhängige Rechtshilfe wesentlich zusammengestrichen werde, bewahrheiteten sich dagegen nicht. Der Versuch der SVP, zwar die massive Kürzung der Fristen beizubehalten, aber die unentgeltliche Rechtshilfe für alle gleich ganz zu streichen, erlitt eine Abfuhr. Die Evaluationsberichte zeigen ja klar, dass bereits mit der unentgeltlichen Rechtshilfe die Rekurs-Fristen extrem knapp bemessen sind. Selbst aus der Sicht des SEM ist dies nur tolerabel, wenn die Rechtshilfe im beschleunigten Verfahren gewährleistet ist.

## → Wiedereinführung Botschafts asyl klar abgelehnt

Keine Chance hatte der grüne Antrag, das mit der dringlichen Revision gestrichene Botschafts asyl wieder einzuführen. Einzig die SP unterstützte diese Forderung. Nur schon deshalb wird es für die Grünen nicht möglich sein, der Revision zuzustimmen. Denn

für uns ist klar: die Festung Europa braucht Türen. Man kann nicht über die Schlepper jammern – aber keinerlei legale Möglichkeit anbieten, in einem Dublin Land einen Asylantrag zu stellen.

## → Paradoxe Haltung der SVP

Paradox war in der ganzen Beratung die Haltung der SVP. Einerseits hatte sie gleich am Anfang den Antrag gestellt, überhaupt gar nicht auf die Vorlage einzutreten. Um danach Dutzende von Anträgen zu stellen, die zu einem grossen Teil überhaupt nichts mit der Reorganisation des Verfahrens zu tun hatten.

Wahlkampf, klar, das wurde hier betrieben, und auch Obstruktion. Das Ziel der SVP-Antragsflut war offensichtlich: Sie wollte die Behandlung in der Herbstsession torpedieren um so nochmals mit dem «Asylchaos» Inerate machen zu können, gegen das angeblich niemand etwas unternimmt.

## → Das Fazit?

Am Schluss war der Entscheid für uns Grüne schwierig. Wir hatten die falschen Prämissen der Revision immer kritisiert. Natürlich ist eine Beschleunigung der Verfahren gerade für die schutzwürdigen Personen, welche unterdessen einen grossen Teil der Asylsuchenden stellen, durchaus wünschenswert! Allerdings wäre sie auch ohne die massive Verkürzung der Rekursfristen machbar – denn es sind nicht diese paar Tage Rekursfrist, welche wirklich an den zu langen Verfahren der Vergangenheit schuld waren. Umgekehrt ist die heutige Rechtsberatung kein Zukunftsmodell, und wegen der ungenügenden und schrumpfenden Finanzen führt es dazu, dass oft nur noch «gute Fälle» juristische Unterstützung erhalten können und andere, die vielleicht bei einer korrekten Rechtsvertretung auch Chancen auf eine Schutzgewährung hätten, durch die Maschen fallen.

Entsprechend enthielten sich die Grünen in der Kommission in der Gesamtabstimmung und werden dies wohl auch im Rat so tun. Denn ein grünes Ja zu dieser Revision würde den falschen Eindruck machen, dass hier ein wirklich guter Kompromiss gefunden wurde. Das ist sicher nicht der Fall. Umgekehrt würde ein Nein der Grünen und allenfalls der SP zusammen mit der SVP zu einer Ablehnung der Vorlage führen. Dies wollen aber die Mitteparteien auf keinen Fall – eher würden sie wohl in dieser Situation einen Deal mit der SVP eingehen und die Rechtshilfe weiter einschränken, geschlossene Zentren für alle einführen und den Druck auf alle Kantone für eine möglichst harte Rückschaffungspolitik nochmals verstärken.

Balthasar Glättli

## ANZEIGE



Hinterland

das Magazin  
mit dem Schwerpunkt  
Flucht & Migration  
[www.hinterland-magazin.de](http://www.hinterland-magazin.de)

## Eine Debatte in Schiefelage

**Trotz einer europäischen und schweizerischen Asylpolitik, die MigrantInnen immer ablehnender gegenübersteht, bleibt die grundsätzliche Kritik an Schengen/Dublin ein Tabuthema. Überlegungen zu einer Debatte, die ihres politischen Inhalts beraubt wurde.**

Am 13. Juni dieses Jahres trafen sich die Grossen der Europäischen Union in Schengen. Sie feierten das dreissigjährige Jubiläum des ersten nach dem luxemburgischen Dorf benannten Abkommens und die Redner lobten das, was sich daraus entwickelte, in den höchsten Tönen. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker rühmte das Schengen-System als «einen der grössten Erfolge der europäischen Integration». Aber die Medaille für das beste Kompliment (und den Verlust des Augenmasses) geht ohne Zweifel an den Präsidenten des EU-Parlamentes Martin Schulz: Diejenigen, die die Abkommen von Schengen in Frage stellten, würden eigentlich «das Ende der EU fordern». Und das seien auch dieselben »Populisten«, die «die Todesstrafe wiedereinführen» möchten.

### Ein System in der Krise

Solche Bemerkungen klingen reichlich selten – gerade in einem Moment, da das Schengen/Dublin-System sich als absolut unfähig erweist, seine langjährige Krise zu überwinden – eine tiefe Krise, die nicht, wie manche meinen, der aktuell ansteigenden Zahl der MigrantInnen von ausserhalb Europas geschuldet ist, sondern in einem grundsätzlichen Konstruktionsfehler des Schengen-Systems wurzelt. Der deutlichste Beweis dafür ist die Tatsache, dass die beiden Schengen-Staaten Griechenland und Italien nicht mehr imstande sind, korrekte Asylverfahren und würdige Aufnahmebedingungen für die Flüchtlinge zu gewährleisten. Bezeichnend ist auch, wie die anderen Schengen-Staaten auf diese Situation reagieren: Frankreich schliesst seine Grenzen zu Italien und schafft Flüchtlinge mit massiver Gewalt auf die italienische Seite zurück. Österreich verhängt ein Asylmoratorium. Auch die Schweiz verstärkt die Kontrollen im Tessin und debattiert über eine Schliessung der Grenzen... Schengen,

**«Wir halten fest an unserem Widerstand gegen das Schengen/Dublin-System und unserem Engagement für eine echte Freizügigkeit.»**



**Solidarité sans frontières**

**DOSSIER 3 – 2015  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**SEPTEMBER 2015**

**EUROPÄISCHE ASYLPOLITIK**



**Perreux (NE): Die ehemalige psychiatrische Klinik wird bereits heute als Aussenstelle des Empfangszentrums Vallorbe genutzt und wird künftig zum Verfahrenszentrum.**

ein Raum ohne Binnengrenzen? Niemand glaubt mehr daran.

### Eine langjährige Kritik

Solidarité sans frontières (Sosf) hat seine Opposition gegen Schengen/Dublin nicht erst 2015 formuliert. «Schengen, Dublin und die Schweiz: Autonomer Nachvollzug der EU-Repressionspolitik?» lautete der Titel

des Dossiers in unserem Bulletin vom Juni 2004, das während der Debatte über den Beitritt der Schweiz zu den beiden Abkommen erschien. Während – ausser der SVP – sämtliche Regierungsparteien und selbst die Mehrheit der Grünen den Beitritt als «Projekt der Öffnung» verkauften, machte Sosf klar, dass es bei Schen-

gen definitiv nicht um offene Grenzen zu Europa geht, «sondern darum, die «Grenzkontrolle» über das ganze Land zu legen». Klipp und klar war auch unsere Haltung zur

Übernahme der Dublin-Verordnung, nach der prinzipiell der Staat, den ein Flüchtling zuerst betritt, für die Behandlung eines Asylgesuchs zuständig ist: Es geht nicht mehr um die Fluchtgründe, sondern «vor allem um den Reiseweg eines Flüchtlings und damit um die Möglichkeit, sich seiner zu entledigen.» Längst hat sich gezeigt, dass dieser



**Dossier aus dem  
Bulletin 3 – 2015**

**Solidarité sans frontières  
Schwanengasse 9  
3011 Bern  
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch  
Fon 031 311 07 70  
PC 30-13574-6**



Mechanismus zum Transfer der Schutzaufgabe den Asylsuchenden nicht nur jegliches Recht auf Bewegungsfreiheit innerhalb Europas verwehrt, sondern auch das unhaltbare Ungleichgewicht zwischen den beteiligten Ländern festigt und die Schere zwischen Zentrum und Peripherie innerhalb Europas weiter öffnet.

### Eine Debatte ohne politische Inhalte

Die Tendenz der Europäischen Union finanz-, wirtschafts- und damit sozialpolitische Fragen und nicht zuletzt die der Migration rein technokratisch zu bearbeiten und damit zu entpolitisieren, beeinflusst auch die Schweiz. Es kann heute zwar nicht mehr bestritten werden, dass die europäische Asylpolitik, der sich die Schweiz voll und ganz verschrieben hat, gegen die Interessen der grossen Mehrheit der Flüchtlinge gerichtet ist und nicht einmal mehr versucht, ihnen gewisse Grundrechte zu garantieren. Dennoch wird die Debatte in zunehmendem Masse auf eine Auseinandersetzung zwischen «Pro-» und «Anti-EuropäerInnen» reduziert, wobei erstere angeblich für eine Öffnung und letztere für Abschottung und Fremdenfeindlichkeit eintreten. Diese Konstruktion erlaubt es, jede grundsätzliche Kritik am Schengen/Dublin-System – oder generell an der EU – systematisch als anti-europäisch oder nationalistisch zu diskreditieren. Jede fundierte politische Diskussion über mögliche Alternativen wird dadurch verhindert.

Für Solidarité sans frontières stellt sich nicht die Frage, ob die Schweiz der EU beitreten soll oder nicht. Auch die «Rettung der Bilateralen» ist nicht unsere Aufgabe. Was das betrifft, darf man getrost darauf vertrauen, dass die Schweiz der Herrschenden und das Europa der Technokraten einen Weg finden, um an ihren Handelsbeziehungen, ihrer Steuerflucht und ihren diversen Privilegien festzuhalten.

Solidarité sans frontières ist eine Organisation, die die Rechte der MigrantenInnen verteidigt. Allein aus dieser Perspektive analysieren und bewerten wir die schweizerische und europäische Asylpolitik. Und genau deshalb halten wir fest an unserem Widerstand gegen das Schengen/Dublin-System und unserem Engagement für eine echte Freizügigkeit – sowohl innerhalb Europas als auch darüber hinaus.

(lo)

Position von Sosf zur Debatte um den Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin:  
<http://bit.ly/1DP0XC8>

NACH DEN KATASTROPHEN IM MITTELMEER

# Umsiedlung von Flüchtlingen

**Die EU entdeckt die Solidarität mit Italien und Griechenland und vergisst sie gleich wieder.**

137 000 Flüchtlinge haben im ersten Halbjahr 2015 die Fahrt über das Mittelmeer geschafft. 67 500 kamen in Italien an, 68 000 in Griechenland. Da sie in Italien bzw. Griechenland zum ersten Mal EU-Boden betreten haben, wären die beiden Staaten gemäss der Dublin-Verordnung für die Bearbeitung ihrer Asylgesuche zuständig. Zudem hätten sie dafür zu sorgen, dass die Flüchtlinge nicht in andere Dublin-Staaten weiterziehen.

Tatsächlich sind aber sowohl Griechenland als auch Italien seit längerem nicht mehr in der Lage, für eine menschenwürdige Unterbringung der Flüchtlinge und ein rechtsstaatliches Asylverfahren zu sorgen. Nach den Katastrophen vor Lampedusa im April schienen auch die EU-Gremien den Notstand zur Kenntnis zu nehmen. «Optionen für ein Verfahren zur Verteilung der Flüchtlinge in Notfallsituationen» seien zu prüfen, erklärten die Innenminister der EU an ihrer dringlichen Tagung vom 20. April.

### «Vorstufe einer dauerhaften Lösung»?

Die EU-Kommission reagierte schnell: Am 15. Mai legte sie ihre «Europäische Migrationsagenda» vor, die in der Rubrik «Sofortmassnahmen» nicht nur den polizeilichen und militärischen Krieg gegen die «Schlepper» und die Aufstockung der Frontex-Operationen im Mittelmeer, sondern auch die «Umsiedlung» von Flüchtlingen vorsah. Der «Zustrom von Flüchtlingen in die Mitgliedstaaten an den Aussengrenzen» werde sich in den Sommermonaten fortsetzen, die Aufnahme- und Betreuungskapazitäten seien schon jetzt «angespannt», hiess es da. «Die EU sollte nicht länger zuwarten, bis der Druck unerträglich wird.» Basierend auf der «Notfallklausel» des Art. 78 Abs. 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU werde man einen «zeitlich befristeten Verteilungsmechanismus» vorschlagen. Ein entsprechender Verteilschlüssel – berechnet anhand



Überwachungskamera am Eingang des heutigen Durchgangszentrums in Kappelen-Lyss (BE), das künftig als Verfahrenszentrum des Bundes Platz für 600 Asylsuchende bieten soll.

der Bevölkerungsgrösse der Mitgliedstaaten, ihres Bruttoinlandsprodukts, der Arbeitslosenquote und der Zahl bereits aufgenommenen Asylsuchender – war bereits im Anhang der Agenda enthalten.

Diese «Sofortmassnahme» sei nur die «Vorstufe für eine dauerhafte Lösung». Die EU brauche «ein auf Dauer angelegtes System, das es ermöglicht, die Verantwortung für die zahlreichen Flüchtlinge und Asylbewerber unter den Mitgliedstaaten aufzuteilen.» Noch Anfang 2014 hatte die EU eine neue Dublin- und eine neue Eurodac-Verordnung verabschiedet und damit das Dublin-System zementiert. Jetzt schien dessen Ende eingeläutet.

### Eine bürokratische Übung

Am 27. Mai präsentierte die EU-Kommission dem Rat der Innenminister ihren Vorschlag für «vorläufige Massnahmen», die insgesamt auf zwei Jahre befristet sein sollten. 40 000 Personen sollten nach ihrer eindeutigen Identifizierung und der Erfassung ihrer



# SCHLAGLICHTER AUF DEN UMGANG MIT FLÜCHTLINGEN

**Das System Schengen/Dublin ist in der Krise.  
Einige sicherheitspolitische Reaktionen europäischer Länder.**

## Österreich: Asyl-Moratorium

Am 13. Juni 2015 hat Österreich angekündigt, es werde keine Asylanträge mehr prüfen, die auf seinem Territorium eingereicht werden. Das Ziel sei, so die zuständige Innenministerin Johanna Mikl-Leitner, die Attraktivität Österreichs zu vermindern und den «Asylexpress Österreich stoppen». Die Reaktion in der Schweiz liess nicht lange auf sich warten. Die SVP hat am 18. Juni 2015 eine parlamentarische Motion eingereicht, die ein Moratorium von mindestens einem Jahr für Asylanträge verlangt. Das Moratorium soll auch für den Familiennachzug gelten.

## Frankreich: Schliessung der Grenze

Unter dem Vorwand der «nationalen Sicherheit» weist Frankreich in grossem Stil und unter Anwendung von Gewalt Flüchtlinge zurück, die bei Ventimiglia versuchen, die Grenze zu überqueren. Seit Mitte Juni 2015 hat die französische Polizei die Kontrollen massiv und systematisch verstärkt und mehrere hundert Personen nach Italien zurückgeschafft. Den zurückgewiesenen Flüchtlingen bleibt nichts anderes übrig, als in der Umgebung des Bahnhofs von Ventimiglia auf der Strasse zu leben und auf eine neue Chance zur Überquerung der Grenze zu warten.

## Ungarn: Gitter und Stacheldraht

Ungarn hat am 14. Juli 2015 damit begonnen, die Grenze zu Serbien mit Gittern und Stacheldraht zu versehen. Dieser vier Meter hohe und 175 Kilometer lange immense Drahtzaun hat einzig zum Zweck, Flüchtlinge vom Betreten des ungarischen Staatsgebietes abzuhalten. Die MigrantInnen stammen zum grössten Teil aus Syrien und Afghanistan und haben auf dem Weg in den Norden Europas Griechenland und Bulgarien durchquert. Ausserdem kündigte die ungarische Regierung am 23. Juni 2015 an, dass das Land keine Asylsuchenden mehr aufnehmen werde, die im Rahmen des Dublin-Abkommens von andern europäischen Ländern nach Ungarn zurückgeschickt werden. Diese Ankündigung wurde jedoch nach der Androhung von Sanktionen durch die EU-Kommission und nach Drohungen seitens Österreichs zurückgenommen.

(lo)

Fingerabdrücke umgesiedelt werden – 24 000 aus Italien, 16 000 aus Griechenland. Dabei sollte es sich ausschliesslich um Asylsuchende handeln, die «dem ersten Anschein nach eindeutig internationalen Schutz benötigen», konkret um «Staatsangehörige von Ländern, die im EU-Durchschnitt eine Anerkennungsquote von mehr als 75 Prozent aufweisen».

Dass die Umsiedlung von 40 000 Flüchtlingen nicht ausreichen würde, um Italien und Griechenland zu entlasten, muss angesichts der Zahlen der im ersten Halbjahr 2015 Angekommenen nicht lange erklärt werden. Klar war auch, dass es sich dabei um eine bürokratische Aktion handeln würde, bei der die Interessen der Umzusiedelnden kaum eine Rolle spielten. Der ganze Prozess sollte zwischen jeweiligen nationalen Kontaktstellen und Verbindungsbeamten abgewickelt werden. Die Entscheidung, wer umzusiedeln wäre, würden jeweils Italien und Griechenland zusammen mit dem EU-Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) treffen. Ein Recht, den ihnen zugewiesenen Staaten

zu verlassen, sollten die Umgesiedelten nicht haben. Dass Flüchtlinge eine eigenständige Entscheidung treffen könnten, wo sie hingehen wollen, blieb auch für die EU-Kommission eine schiere Horrorvorstellung.

### Wer bietet weniger?

Die nun folgenden Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten waren nichts anderes als ein elendes Geschachere, wer denn nun weniger Flüchtlinge aufnehmen müsse. Beim Treffen des Rats der Innenminister am 15. Juni hielt man zwar an der Zahl von 40 000 Umzusiedelnden fest. Frankreich, Spanien, Österreich und die osteuropäischen EU-Staaten widersetzten sich jedoch dem von der Kommission vorgeschlagenen festen Verteilschlüssel. Auch das Treffen des Europäischen Rates, der Staats- und Regierungschefs, am 25. Juni brachte kein Ergebnis. «Wir haben derzeit keinen Konsens zwischen den Mitgliedstaaten über verbindliche Quoten», erklärte der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, vor der Presse.

Das Kontingent von 40 000 Umzusiedelnden sollte nun durch freiwillige Zusagen erreicht werden. Am 20. Juli trafen sich die Minister erneut und brachten es nun mit den freiwilligen Zusagen auf 32 256 Umzusiedelnde. Grossbritannien und Dänemark nahmen die «opt out»-Möglichkeit wahr, die ihnen die EU-Verträge zusichern. Auch Österreich und Ungarn beteiligen sich nicht an der Aktion. Die anderen osteuropäischen Staaten sowie Spanien blieben mit ihren Zusagen weit unter den ursprünglichen Vorschlägen der Kommission.

### Läppische Kontingente

Erreicht hat man dagegen das von der Kommission vorgeschlagene Soll von 20 000 «Neuansiedlungen», d.h. Kontingentflüchtlingen, die man nach eindeutiger Identifizierung und Sicherheitsüberprüfung mit Hilfe des UNHCR direkt aus Flüchtlingslagern aus Nordafrika, dem Nahen Osten und anderen Regionen übernehmen will, denen also der

MIGRATIONSPOLITIK MIT MILITÄRISCHEN MITTELN

# Der Krieg gegen die Schlepper

## Die EU hat einen neuen Feind entdeckt und zieht alle Register für seine Bekämpfung.

Im Oktober 2012 hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis erhalten – für ihren «erfolgreichen Kampf für Frieden und Versöhnung und für Demokratie sowie die Menschenrechte», wie das Norwegische Nobelpreiskomitee seinerzeit erklärte. Keine drei Jahre danach steht die Preisträgerin vor einem Krieg der besonderen Art. Der neue Feind ist kein militärischer Aggressor und auch keine terroristische Organisation. Die

» Fortsetzung von Seite 7, «Umsiedlung von Flüchtlingen»

gefährliche Weg über das Mittelmeer erspart werden soll. Hier beteiligen sich auch die assoziierten Schengen/Dublin-Staaten Norwegen, Island, Liechtenstein und Schweiz. Die 519 Flüchtlinge, die die Schweiz übernehmen will, sind aber Teil des Kontingents von 3000 Flüchtlingen, welches das EJPD bereits vor Monaten zugesagt hatte.

Anfang Juli hatte der UNHCR übrigens mitgeteilt, dass die Zahl der syrischen Flüchtlinge (ausserhalb des Landes) nun die Vier-Millionen-Grenze überschritten habe. 1,8 Millionen SyrerInnen seien in die Türkei, über 1,1 Millionen in den Libanon geflohen. Zum Vergleich: Rund 270000 haben bisher in Europa Asylgesuche gestellt.

Ebenfalls im Juli präsentierte das Staatssekretariat für Migration seine Asylstatistik für das zweite Quartal 2015. Danach hat die Schweiz allein von April bis Juni 2015 den Dublin-Staat Italien um Übernahme von 2795 Asylsuchenden ersucht, für die man «nicht zuständig» sei.

Solidarität mit europäischen Partnern sähe anders aus, Solidarität mit den Flüchtlingen sowieso.

(Bu)

Aggression, derer sich die Schlepper schuldig gemacht haben, besteht vielmehr darin, den Opfern von Krieg, Unterdrückung, Not und Ausbeutung den einzigen verbliebenen Weg ins sichere und wohlhabende Europa zu ermöglichen: die gefährliche Fahrt über das Mittelmeer und die illegale Einreise.

### Kriegerische «Krisenbewältigung»

In der Nacht zum 19. April ertranken 900 Flüchtlinge vor Lampedusa. Vier Tage danach gaben die Staats- und Regierungschefs der EU ihrer «Hohen Vertreterin für die Aussen- und Sicherheitspolitik» den Auftrag, «unverzüglich» mit den Vorbereitungen für eine militärische Aktion zu beginnen. Das Konzept dieser «militärischen Krisenbewältigungsoperation» namens «EU NAVFOR MED» (EU Naval Force Mediterranean) verabschiedeten die Aussen- und Verteidigungsminister am 18. Mai. Hatte man im April immerhin noch betont, dass die Seenotrettung an vorderster Stelle stehe, lautet das Ziel der Operation nun einzig und allein, «das Geschäftsmodell der Menschenschmuggel- und Menschenhandelsnetzwerke im südlichen zentralen Mittelmeer zu unterbinden.» Die Aktion, an der bisher 14 EU-Staaten beteiligt sind, hat am 22. Juni offiziell begonnen.

Sie soll in drei Phasen ablaufen. In der ersten geht es um die Sammlung von Informationen und um Patrouillen in internationalen Gewässern zur «Aufdeckung und Beobachtung von Migrationsnetzwerken». In der zweiten will man «Schiffe, bei denen der Verdacht besteht, dass sie für Menschenschmuggel oder Menschenhandel benutzt werden», anhalten, durchsuchen, beschlagnahmen und/oder umleiten. Diese Phase spielt sich nicht mehr nur auf hoher See ab, sondern auch in den Hoheitsgewässern des Küstenstaates, sprich: Libyens. In der dritten Phase geht es schliesslich ans «Zerstören oder Unbrauchbarmachen» dieser Schiffe – auch das logischerweise in libyschen Gewässern oder gar unmittelbar an Land.

Die EU betont dabei, dass sie im Einklang mit dem Völkerrecht handeln will. Das kann sie aber – spätestens ab der zweiten Phase – nur

aufgrund einer Resolution des UN-Sicherheitsrates, die am Veto Russlands und Chinas scheitern dürfte, oder nach Zustimmung der libyschen Regierung, die das bisher abgelehnt hat. Aber auch mit ihrer Zustimmung begäbe sich die EU auf einen gefährlichen Weg: Ihr militärisches Eingreifen, selbst wenn es nur den Schleppern gelten würde, führt sie mitten hinein in den libyschen Bürgerkrieg.

### Lüge und Wahrheit

Den Krieg gegen die Schlepper führt die EU aber nicht nur mit militärischen, sondern auch mit allerlei polizeilichen Mitteln. Die Bandbreite der vorgesehenen Massnahmen lässt sich aus dem «Aktionsplan gegen die Schleusung von MigrantInnen» ablesen, den die EU-Kommission am 27. Mai vorlegte. Hauptbeteiligte sind Frontex, das Unterstützungsbüro für Asylfragen EASO und das EU-Polizeiamt Europol.

Frontex soll über sein Grenzüberwachungssystem Eurosur Satellitendaten über den Schiffsverkehr in der Zone liefern. An den «Hotspots», die die EU im Süden Italiens und in Griechenland zum «Empfang» der MigrantInnen gebildet hat, sollen diese nicht nur identifiziert und ihre Fingerabdrücke – notfalls mit Gewalt – erfasst werden. EASO-MitarbeiterInnen und GrenzpolizistInnen sollen die Flüchtlinge auch nach Informationen über Fluchtwege und –helfer befragen. Sie dürften – wie schon bisher – Flüchtlingen die Mobiltelefone durchsuchen, um Hinweise auf Kontakte zu Schleppern zu erhalten.

Bereits im März – also vor der letzten grossen Katastrophe – wurde bei Europol ein Joint Operational Team «JOT Mare» gebildet, in das nicht nur die Polizeizentralen mehrerer EU-Staaten, sondern auch Frontex und Interpol eingebunden sind. Alle verfügbaren Informationen werden in einer Analysedatei mit dem bezeichnenden Namen «Checkpoint» gespeichert.

Zu guter Letzt will man im Internet und insbesondere in den sozialen Medien die «Lügen der Schlepper» mit Gegenerzählungen korrigieren und so die MigrantInnen vom gefährlichen Weg übers Mittelmeer abhalten. Kaum zu erwarten ist, dass die EU dabei auch erzählt, dass sie mit ihrer Abschottung das «Geschäftsmodell der Schlepper» überhaupt erst ermöglicht. Im Krieg bleibt die Wahrheit bekanntlich als Erstes auf der Strecke.

(Bu)

FOTOREPORTAGE

## Das «Recycling» von Orten der Ausgrenzung

Im Rahmen der Restrukturierungen im Schweizer Asylwesen haben die Verhandlungen zwischen den Kantonen und dem Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartement einerseits zu einem neuen Status gewisser bestehender Zentren für Asylsuchende geführt, andererseits wurden neue Standorte ins System aufgenommen. Die Fotoreportage in diesem Bulletin konzentriert sich auf drei dieser künftigen Bundeszentren: Perreux (NE), Lyss (BE) und Giffers (FR). Die beiden ersten wechseln ihren Status, während der dritte Standort erstmals ins System aufgenommen wird. Die Änderungen sollten nicht vor 2017 in Kraft treten, aber die diesbezüglichen Entscheide sind schon jetzt offiziell und veröffentlicht.

Die Reportage fand im August statt. Dabei haben wir festgestellt, dass die Möglichkeiten des Zugangs und des Verlassens dieser Orte sich stark voneinander unterscheiden, je nachdem welche Aufgabe sie heute haben. Das Zentrum in Lyss beispielsweise wird momentan als kantonales Durchgangszentrum geführt, was bedeutet, dass jedermann ein- und ausgehen kann. Perreux, bereits heute ein Bundeszentrum in Ergänzung zum Erstaufnahmzentrum von Vallorbe, ist dagegen streng geschlossen und nur schwer zugänglich, da es sich auf einem privaten Grundstück befindet.

Wir haben zudem festgestellt, dass die hier dokumentierten Institutionen früher eine andere Funktion hatten, als Kaserne (Lyss), Psychiatriezentrum (Perreux) oder Kompetenzzentrum für fettleibige und übergewichtige Jugendliche (Giffers). Die neuen Bundeszentren folgen einer Art Logik des «Recyclings» früherer Orte der Ausgrenzung. Abgesehen von den physischen Lebensbedingungen, welche diese Zentren bieten können, sehen wir doch in einem grösseren Zusammenhang, wie im Lauf der Geschichte gewisse Gruppen räumlich vom Rest der Bevölkerung abgesondert wurden. Es sind Menschen, welche nur beschränkt Zugang zur Mobilität haben und somit weit entfernt sind von einem breiteren kulturellen Austausch, der doch für eine gelungene «Integration» so wichtig ist. Diese Gruppen variieren je nach den Vorurteilen, den Werten und der Justiz der jeweiligen Zeit. Bei Sosp bleiben wir wachsam gegenüber diesen institutionellen Veränderungen und den Lebensbedingungen der Asylsuchenden.

(Lf)

KAMPF GEGEN DIE SCHWARZARBEIT

## Jagd auf Sans-papiers als Zugabe

Der Bundesrat will die Bekämpfung der Schwarzarbeit verstärken und hat dazu Änderungen des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA) in die Vernehmlassung gegeben.

Wer könnte etwas gegen die Bekämpfung der Schwarzarbeit haben? A priori, niemand, der vernünftig denken kann. Aber mit der Ausdehnung des Kreises der Behörden, die gemäss Art. 11 zur Zusammenarbeit verpflichtet sind, befürchten die in der Plattform zusammengeschlossenen Organisationen, die sich für die Sans-Papiers einsetzen, einen Kollateralschaden für die ArbeiterInnen ohne legalen Status. Eine starre Anwendung des Gesetzes, zusammen mit der Verpflichtung, Informationen unter den Ämtern (in erster Linie zwischen den Sozialversicherungen und den Migrationsbehörden) auszutauschen, hat zur Folge, dass die «Grauarbeit» gefährdet wird.

Die «Grauarbeit», bei der mit Ausnahme des Aufenthaltsrechts alles stimmt - Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialabgaben, Quellensteuer - ist nur möglich, weil für Personen, die in der Schweiz einer gewinnbringenden Arbeit nachgehen, die Beiträge an die Sozialversicherungen obligatorisch sind, unabhängig vom rechtlichen Status. So ermöglicht eine weniger starre Praxis in gewissen Kantonen, dass ArbeitnehmerInnen ohne legalen Aufenthaltsstatus und ihre ArbeitgeberInnen eine durchaus geordnete Arbeitsbeziehung unterhalten können. Wenn der Datenaustausch nun verstärkt wird, so wird es für beide Seiten schwierig bis unmöglich, die bisherige Regelung weiterzuführen. Damit würden die ArbeiterInnen ohne Aufenthaltsrecht vollends in den Untergrund gedrängt und ihre Lage noch unsicherer.

Zudem widersetzt sich die Plattform auch der geplanten Revision betreffend die Finanzierung der Kontrollorgane (Art. 16 Abs. 2) Aus unserer Sicht wird diese höchstwahrscheinlich dazu führen, dass die Kantone, um den Verlust der Finanzierung durch den Bund zu kompensieren, die Kontrolle von Gesetzesverstössen gegen das AuG jenen gegen das BGSA vorziehen werden - da sie schneller umzusetzen und weniger kompliziert zu verfolgen sind. Das vorgesehene Anreizsystem verleitet deshalb zu einer «Jagd auf die Sans-Papiers», mit existentiell einschneidenden Konsequenzen für die fehlbaren Arbeitnehmenden.

Schliesslich verschliesst der Bundesrat erneut die Augen vor der Notwendigkeit, die Situation der ArbeiterInnen ohne legalen Status zu regeln - was eine einfache

und effiziente Massnahme zur Bekämpfung der Schwarzarbeit wäre. Was für eine Verschwendung!

Olivia Jost und Marianne Halle

VORSCHLÄGE DER CVP ZUR ASYLPOLITIK

## Zwangsarbeit in der Schweiz?

Wir sind in einem Wahljahr, und das ist spürbar. Eine Partei nach der andern unternimmt alles Mögliche, um mit Vorschlägen zur Asylsituation von den Medien wahrgenommen zu werden. Die SVP gibt, wie üblich mit ihrem bevorzugten Thema, den Takt vor. Sie schlägt vor, ein Moratorium von mindestens einem Jahr für die Behandlung von Asylanträgen einzuhalten. Aber die polemische Verwendung des Themas für Wahlzwecke beschränkt sich nicht nur auf die Rechtsausenpartei. Die FDP spielt das gleiche Spiel, indem sie fordert, die Aufenthaltsbewilligung und den Familiennachzug von der finanziellen Unabhängigkeit der Flüchtlinge abhängig zu machen. Die CVP versucht, WählerInnen, die rechts von ihr stehen, mit einem Positionspapier zu gewinnen. Darin steht eine Serie von Massnahmen, mit denen die Schweiz weniger attraktiv gemacht und «Missbräuche» verhindert werden sollen. Insbesondere drei Vorschläge stimmen mit der zynischen Haltung von Ch. Blocher zu Asylsuchenden und Flüchtlingen überein.

Die Christlich-Demokraten schlagen erstens vor, Asylsuchenden kein Bargeld mehr auszubehalten, sondern ihnen nur noch Gutscheine und Sachleistungen abzugeben. Dies, um die Überweisung von Geld seitens der Asylsuchenden in ihre Herkunftsländer zu verhindern.

Der zweite Vorschlag besteht darin, Asylsuchenden generell Auslandsreisen zu verbieten. Dieser Vorschlag ist unsinnig, dürfen doch bereits heute Asylsuchende nur mit einer Sonderbewilligung ins Ausland reisen. Entweder argumentiert die CVP in Unkenntnis der Sachlage oder sie macht diesen absurden Vorschlag nur, um beim Thema «mitzuserfen» und tut so, als ob Asylsuchende wie TouristInnen unter dem Schutz der Schweiz Ferien in ihren Herkunftsländern verbringen würden. Ein Bild, das nichts mit der Realität zu tun hat, aber erschreckenderweise zunehmend geglaubt wird.

Die Christliche Volkspartei verlangt nicht zuletzt die Einführung einer Arbeitspflicht. Dies würde diejenigen Asylsuchenden betreffen, die bereits den Kantonen zugeteilt wurden. Für ihre Arbeit würde ihnen aber kein Lohn ausbezahlt, weil dies, so die CVP, angeblich wiederum dazu führen könnte, dass Asylsuchende Geld in ihre Herkunftsländer transferieren könnten. Bei dieser

## KURZ UND KLEIN



Forderung handelt es sich um nichts anderes als um Zwangsarbeit. Diese verstösst gegen die schweizerische Verfassung und gegen internationale Abkommen, auf die sich die CVP bei andern, ihnen genehmen Interessen gerne beruft.

Aber den AutorInnen scheint es selber nicht so ganz wohl zu sein. Zynischerweise sprechen sie im gleichen Papier «von der humanitären Tradition der Schweiz». Wir haben keinen Grund zur Beruhigung. (Io)

ANTIRASSISTISCHER SOMMER IN BERN

### Was tun wenn's brennt?

Berner Polizeikräfte haben am Donnerstag, den 10. Juli 2015, auf der Schützenmatte eine Kontrolle gegen Drogenhandel durchgeführt. 25 Menschen wurden kontrolliert, meist solche mit dunkler Hautfarbe. Das ist kein Zufall, sondern hat System und nennt sich racial profiling. Denn für den staatlichen Sicherheitsapparat hängen Hautfarbe und Kriminalität – hier konkret der Drogendeal – zusammen. Die Berner Schützenmatte, unweit des Bahnhofes, ist ein Kulminationspunkt dieser Praxis. Hier finden Hetzjagden der Polizei auf Dunkelhäutige statt. Immer wieder gab es auch Razzien in dem hinter der Schützenmatte gelegenen politisch-kulturellen Zentrum Reitschule. Die Reitschule verurteilt diese Polizeieinsätze. Denn dass die seit Jahren betriebene repressive Drogenpolitik weder die Drogensucht noch das Geschäft mit den Drogen löst, ist spätestens seit der Schliessung des Platzspitzes in Zürich klar.

Am 10. Juli 2015 veranstalteten

AntirassistInnen deshalb auf dem Vorplatz der Reitschule einen offenen Input zur Gewalt der Berner Polizei bei den Einsätzen um das und in dem Zentrum. «Was tun wenn's brennt?» lautete der Titel der Veranstaltung. Gemeinsam suchte man nach Widerstandsmöglichkeiten gegen die rassistische Praxis: Nicht wegschauen bei Kontrollen, hingehen und im Weg stehen, Menschenketten bilden, Lieder singen, Lärm machen. Während der Diskussion sagte plötzlich jemand, dass eine Kontrolle stattfinde. Also gingen alle hin und setzten das Diskutierte in die Tat um. Die Berner Polizei erklärte am nächsten Tag in ihrer Medienmitteilung, dass «die Polizeiarbeit am Abend von mehreren Dutzend Personen massiv erschwert und eine gezielte Kontrolle verunmöglicht wurde.»

Jede Woche verdeutlichen neue Berichte und Geschehnisse wie auf der Schützenmatte, was Grenzen und Rassismus konkret bedeuten. Gegen diese Realität finden den ganzen Sommer hindurch Protestaktionen und Veranstaltungen wie die am 10. Juli statt. Unter dem Titel «Antirassistischer Sommer» bündeln Kollektive, Organisationen oder Einzelpersonen ihre Kräfte, lernen sich auf der Strasse neu oder besser kennen und wehren sich gegen die rassistischen Vorkommnisse hier und jetzt. (Wi)

Mehr Infos unter: [www.antira.org](http://www.antira.org)

HERBEIGEREDETER ASYLNOTSTAND

### Eritreer-Bashing

Am 4. August 2015 verschickte der (ausnahmslos männliche und stramm bürgerliche) Regierungsrat des Kantons Luzern einen Brief an Bundespräsidentin Simonetta

Sommaruga, den er am nächsten Tag auf seiner Homepage publizierte. Er übte scharfe Kritik an der aktuellen Asylpraxis. Der enorme Ansturm von neuen Flüchtlingen überfordere die Kantone, neue Unterkünfte seien politisch nicht durchsetzbar. Besonders die Eritreer sind dem Regierungsrat ein Dorn im Auge. Die heutige Praxis der quasi automatischen Anerkennung als Flüchtlinge sei schlicht falsch, da die meist jungen Männer im Zeitpunkt ihrer Flucht nicht an Leib und Leben gefährdet gewesen seien. Rückführungen sollten deshalb geprüft werden. Medialen Sukkurs erhielt er vom Schwyzer Landammann Andreas Barraud (SVP), der warnte, es sei gut möglich, dass mehrere Kantone mit einem Aufnahmestopp für Asylsuchende «aus gewissen Regionen», den Bundesrat unter Druck setzten, die für die Kantone untragbar gewordene Asylpolitik grundlegend zu überdenken.



## IMPRESSUM

**BULLETIN**  
**SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**  
erscheint viermal jährlich

**Auflage dieser Ausgabe:**  
3050 deutsch / 650 französisch  
**Beglaubigte Auflage WEMF:**  
2794 deutsch / 527 französisch

**Gestaltung und Satz**  
Simone Kaspar de Pont, Genève  
**Druck und Versand:**  
selva caro druck ag, Flims Waldhaus  
**Redaktion:**  
Heiner Busch (Bu), Amanda Ioset (Io),  
Maria Winker (Wi), Laura Flórez Castellar (Lf),  
Gisela Grimm  
**Übersetzungen:**  
Olivier von Allmen, Marianne Benteli,  
Alina Reinhard, Maria Senn  
**Lektorat: Sösf**  
**Fotos: Laura Flórez Castellar**

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**  
6. Oktober 2015  
Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe zu kürzen

**Mitgliederbeitrag 2015 inkl. Abo:**  
70.– Verdienende / Fr. 100.– Paare /  
Fr. 30.– Nichtverdienende /  
120.– Organisationen  
**Abo: Einzelpersonen 30.– /  
Organisationen 50.–**

**Herausgeberin:**  
Solidarité sans frontières  
Schwanengasse 9, 3011 Bern  
(Zusammenschluss AKS/BODS)  
Fon 031 311 07 70  
sekretariat@sosf.ch  
[www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)  
PC-Konto 30-13574-6

## ANZEIGE

ClimatePartner<sup>o</sup>  
wir drucken klimaneutral

für den wald.

umweltbewusster druck und klimaschutz ist uns ein anliegen.  
ihr produkt wird bei uns klimaneutral gedruckt und  
auf wunsch mit dem label von climatepartner versehen.  
so engagieren auch sie sich für nachhaltigkeit und klimaschutz.

selva caro druck

die kleine druckerei inmitten der natur

rudi dadens 6 7018 flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch



sTags darauf widersetzte sich Bundespräsidentin Sommaruga den Argumenten der beiden Kantone. Von Asylnotstand – ein beliebtes Wahlkampfthema – könne keine Rede sein, wie die neuesten Zahlen der Gesuche zeigten. Asylsuchende aus Eritrea würden nicht automatisch als Flüchtlinge anerkannt. Nach eingehender Prüfung der individuellen Gesuche werde rund die Hälfte von ihnen lediglich vorläufig aufgenommen, was den Familiennachzug stark einschränke. Eritrea sei gemäss übereinstimmender Berichte der europäischen Migrationsbehörden, der UNO, der Hilfsorganisationen und des Bundesgerichts eine Diktatur und ein Unrechtsstaat, weshalb ein Rückübernahmeabkommen zum heutigen Zeitpunkt nicht denkbar sei und kein europäisches Land momentan Menschen dorthin zurückschicke. Das gilt selbst für Dänemark, dessen Einwanderungsdienst im November 2014 einen umstrittenen Bericht vorlegte, der die Verhältnisse in Eritrea verharmlosste. Der Bericht, der im Sommerloch auch in schweizerischen Medien auf Interesse stiess, ist in Dänemark inzwischen bedeutungslos: Der kurzzeitige Bearbeitungsstopp für Asylgesuche von EritreerInnen ist aufgehoben. 96 Prozent der Gesuche enden mit einer Asylgewährung oder einer vorläufigen Aufnahme.

Der offene Brief des Kantons Luzern ist jedoch eine Schweizer Premiere. Parteien und Verbände nutzen gelegentlich dieses Medium, nicht so die Kantone, die üblicherweise diskreter vorgehen. Der Brief ist zudem ein starkes Signal an die Öffentlichkeit – und wohl auch so gedacht. Er wird insbesondere Gemeinden darin bestärken, sich noch vehementer gegen die Unterbringung von Asylsuchenden zu wehren – und gibt den Kantonen die Möglichkeit, ihre Versäumnisse bei deren Unterbringung zu beschönigen.

Übrigens sammeln die Jungen Grünen des Kantons Luzern online Geld, um dem zuständigen Regierungsrat ein Flugticket «Eritrea einfach» zu spendieren, da er ja besser als alle anderen Bescheid wisse über die Realitäten in Eritrea.

Marianne Benteli

KIOSK

EU-IMMIGRANTINNEN IN NOTLAGEN

Von wegen privilegiert

Die schweizerische Ausländerpolitik ist bekanntlich zweigeteilt. Für ImmigrantInnen aus Nicht-EU-(oder EFTA-)Staaten gilt das Ausländergesetz, für die EU-BürgerInnen dagegen das Freizügigkeitsabkommen, das sie auf dem Arbeitsmarkt – prinzipiell – den SchweizerInnen gleichstellt. Das Schweizerische Rote Kreuz zeigt in einer neuen Studie, dass die «privilegierten» EU-AusländerInnen

KIOSK



dennoch in gefährliche Notlagen kommen können, insbesondere wenn sie keine Arbeit finden oder ihre Arbeit verlieren. Nachdem diverse Medien im Vorfeld der Abstimmung zur Masseneinwanderungsinitiative über «Missbräuche» schwadroniert haben, hat der Bundesrat im Januar 2014 EU-BürgerInnen, die zur Stellensuche einreisen, von der Sozialhilfe ausgeschlossen. Das gleiche Schicksal soll nun auch jenen drohen, die vor Ablauf eines Jahres ihre Stelle verlieren.

Die Studie enthält einen guten Überblick über die Rechtslage und sie macht zudem klar, was diese praktisch bedeutet. Sie zeigt das exemplarisch an den Geschichten von Leuten, die in Beratungs- oder Unterstützungsstellen Hilfe gesucht haben – insbesondere EU-BürgerInnen aus Ost- und in wachsendem Masse auch aus den von der Wirtschaftskrise geschüttelten Staaten Südeuropas. Sie zeigt letzten Endes, dass sich ihre Lage nicht wesentlich von jener von Sans-Papiers unterscheidet, die ihre Stelle verloren haben. (Bu)

Carolin Krauss: Wanderarbeit in der Schweiz. Die Lebenssituation von EU-Staatsangehörigen in einer Notlage, hg. vom Schweizerischen Roten Kreuz, Bern März 2015, 135 Seiten, kostenloser Download unter <http://bit.ly/1JeEJMu>

GRENZEN UND MIGRATIONSPOLITIK

Neues zur EU

Statewatch: Wer aktuelle Dokumente der EU sucht, der ist bei der homepage der in London angesiedelten Organisation an der richtigen Adresse. Neben diversen anderen «observatories» betreibt Statewatch eines zu Asyl und Migration, wo sich auch die neusten Informationen zur Krise im Mittelmeer und die entsprechenden Beschlüsse und Vorlagen der EU-Gremien finden. Seit April hat Statewatch auch Sonderausgaben seines E-Mail-Dienstes versandt. Ein Abo lohnt sich allemal.

[www.statewatch.org/asylum/obserasylum.htm](http://www.statewatch.org/asylum/obserasylum.htm)  
Im Rahmen des Netzwerks für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung ist Ende Mai 2015 die erste Ausgabe des kostenlosen Internet-Journals «Movements» erschienen. Schwerpunkt dieser ersten Ausgabe mit einer ganzen Serie lesenswerter Beiträge ist das «Europäische Grenzregime».

<http://bit.ly/1IJX2pk>

Das vom Bayerischen Flüchtlingsrat herausgegebene Vierteljahresmagazin «(für kein ruhiges) Hinterland» widmet sich in seiner aktuellen Nr. 29 dem Dublin-Regime – mit Beiträgen zur Geschichte dieses Systems, zu seinem (Nicht-)Funktionieren, zur Situation in Italien und vielem mehr. Die Beiträge können als pdf herunter geladen werden.

[www.hinterland-magazin.de](http://www.hinterland-magazin.de)

Dublin und die EU-Asylpolitik bilden auch seit langem einen Fokus der Arbeit von

pro asyl, des Dachverbands der deutschen Flüchtlingsräte.

[www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)

Voraussichtlich Ende September wird auch die in Berlin erscheinende Zeitschrift «Bürgerrechte & Polizei» mit einem Schwerpunkt Migration und Staatsgewalt erscheinen. Themen u.a. die EU-Datenbanken, Frontex, die EU-Marineoperation im Mittelmeer etc.

[www.cilip.de](http://www.cilip.de)

MASTERARBEIT

Was Asylsuchende erzählen

«Asylum seekers in narrative action» ist der Titel der Abschlussarbeit von Marie-Florence Burki, die 2015 die Bestnote im Masterstudengang «Migration und Staatsbürgerschaft» der Universität Neuenburg erhielt. In ihrer anthropologischen Untersuchung erforscht sie die erzählerische Konstruktion der Aussagen von Asylsuchenden im Rahmen des Verfahrens. Burki zeigt die Herrschaftsdynamiken, denen die Aussagen von Asylsuchenden in der Schweiz unterworfen sind. Mit ihrer Analyse konkreter Fälle liefert sie die Ansatzpunkte für das Verständnis und die Kritik der offiziellen Strukturen, an die sich die Aussagen anpassen müssen. Sie zeigt die Interpretationen, Werturteile und Stereotypen, die den Asylsuchenden aufgezwungen werden und denen auch die behördlichen BefragtenInnen und die DolmetscherInnen nicht entgehen. Die Berichte der Asylsuchenden und die Art ihrer Konstruktion müssen sich in einem engen Rahmen bewegen, der Vorurteile und Rassismus zur Norm werden lässt.

Inwieweit sind die Betroffenen noch AutorInnen ihrer eigenen Geschichte? Was können sie über sich selbst in einem Kontext erzählen, in dem bereits festzustehen scheint, was und wer sie sind, bevor sie überhaupt zu sprechen begonnen haben? Wie ein roter Faden zieht sich die Frage durch den Text, welche Möglichkeiten für die Asylsuchenden bestehen, ihre eigene Geschichte zu konstruieren und zu erzählen. In einer Situation, in der die behördliche Anhörung über die künftigen Lebensbedingungen von Individuen entscheidet, müssen autobiographische Berichte ein grundlegender Bestandteil der juristischen Wahrheitsfindung sein. Es scheint jedoch, dass Überinterpretationen und Schuldvermutungen von Anfang an den Möglichkeiten entgegenstehen, über die eigene Zukunft mitreden zu können.

Marie-Florence Burki arbeitet zur Zeit bei der Westschweizer Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht. Ihre Masterarbeit ist ab September 2015 in der Bibliothek der Universität Neuenburg und ab Anfang 2016 über den Westschweizer Bibliotheksverbund (RERO) verfügbar. (Lf)



# «Alles ist politisch»

Seit Anfang Juli 2015 arbeitet Laura Flórez als Praktikantin bei Solidarité sans frontières. Sie organisiert das Festival gegen Rückschaffungen.

Bei unserem ersten Treffen kam Laura sofort auf die neusten Entwicklungen im Protest des «NoBunker»-Kollektivs in Genf zu sprechen. Im Juni 2015 hatte sich im Innenhof des Genfer Asylzentrums «Foyer des Tattes» der Widerstand der BewohnerInnen gegen die vom Regierungsrat verordneten Transfers in unterirdische Zivilschutzanlagen formiert. Immer mehr Menschen schlossen sich an und gemeinsam besetzte man das Kulturhaus Grütli. Laura ist mittendrin in diesem Protest, solidarisch mit den AktivistInnen, die sich gegen das Bunker-System wehren. «Es ist immens wichtig, die Kämpfe der MigrantInnen zu unterstützen, die sich gegen die erlebten Ungerechtigkeiten des diskriminierenden politischen Systems hier wehren. Für mich als Aktivistin ist das zentral. Und auch ein Grund, weshalb ich zu Sosf wollte. Es gibt nicht viele Organisationen, die sich im Migrationsbereich engagieren, sich explizit politische Ziele setzen und diese auch öffentlich formulieren.»

Politisch aktiv ist Laura schon lange. Das war sie in Bogota, wo sie studiert hat, aber auch im Nachbarland Venezuela, wo sie einige Zeit verbracht hat. «Aber erst in der Schweiz habe ich gemerkt, was es bedeutet, aus einem kolonialisierten Land zu kommen und mit dieser Etikette im Alltag zu leben.» An der Uni, an der sie aktuell studiert, habe sie beispielsweise eine Konferenz zum Thema «Kritische Perspektiven auf den Multikulturalismus» mitorganisiert. Man habe sie dann gefragt, ob sie nicht helfen könne, eine Salsa

Gruppe für eine Aufführung im Rahmenprogramm zu finden. Nichts gegen Musik, aber das Beispiel zeige die stigmatisierenden Identitätsvorstellungen, die in der Schweiz gegenüber MigrantInnen aus Lateinamerika vorherrschen. «Alles ist politisch», sagt Laura. «Überall – im Beruf, im Alltag, in politischen Gruppen – gilt es Unterdrückung und Diskriminierung aufzuzeigen und die Verhältnisse zu ändern.»

Während ihres Praktikums bei Sosf organisiert Laura das antirassistische Festival «Gegen Rückschaffungen», das Ende September auf der Schützenmatte in Bern stattfindet. «Zentrales Ziel dieses Anlasses ist die Vernetzung», erklärt Laura. Die unterschiedlichen und aus allen Regionen der Schweiz stammenden Basisorganisationen können ihre Arbeit vorstellen und sich austauschen – und dabei voneinander lernen, sich unterstützen und vielleicht gemeinsame Aktionen planen. «Es ist wichtig, dass antirassistische Kollektive sich vernetzen, um den Widerstand breiter werden zu lassen. Gerade dabei kann und muss sosf eine Plattform sein.»

Zentrales Thema des Festivals sind die Dublin-Rückschaffungen. Laura hat eine klare Kritik an der Rolle der Schweiz: «Es ist unwürdig, Menschen staatlich verordnet herumzuschieben. Die Schweiz profitiert auf dem Rücken anderer europäischer Länder und entzieht sich der Verantwortung für die von ihr erzeugte Ungleichheit.» Gerade an den Rückschaffungen sei zu sehen, dass

die hochgehaltene Rechtsstaatlichkeit der Schweiz nur gegenüber Menschen gelte, die einen gesicherten Status haben. Gegen die, denen man das Aufenthaltsrecht abspricht, reagiere die Schweiz mit staatlichem Zwang und Gewalt, auch wenn sie keine Straftat begangen haben. «Das Festival», so Laura, «bedeutet auch Widerstand gegen das Dublinsystem, gegen Rückschaffungen, und es ist eine offene Kritik an der schweizerischen Migrationspolitik.» (Wi)

**«Erst in der Schweiz habe ich gemerkt, was es bedeutet, aus einem kolonialisierten Land zu kommen.»**

## VERANSTALTUNGSHINWEISE

### Festival «Stoppt die Rückschaffungen!»

Samstag, 26. September 2015, 14 bis 23 Uhr  
Bern, Schützenmatte

Info-Markt, Lesungen, Ateliers,  
Konzerte, Snacks und Bars!

Alle Infos: [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

### Solilauf für Sans-papiers

Samstag, 12. September 2015  
Bern, Münsterplatz

Mehr Infos: [www.solidaritätslauf.ch](http://www.solidaritätslauf.ch)